

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonn- und Festtagen nur wochentlich. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 4.— M., bei Fernzustellung 4.85 M., bei Zustellung unter Postmarken für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Verantwortl. und Expeditor: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Jahreslohn die abgetragene Kopiermaschine über dem Raum 1.30 M., Wartungslöhne des Setzdrucks 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Korrekturlohn 70 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten (z. B. bei Zulassung zum Postamt) folgenden Tag müssen in letztes bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die österreichischen Kriegsallien.

Neue Veröffentlichungen.

Der zweite und dritte Band des die Akten über den Ausbruch des Krieges enthaltenden österreichischen Notbuches, werden in diesen Tagen in Wien erscheinen und eine willkommene Ergänzung zu den vor kurzem veröffentlichten deutschen Dokumenten bieten. Sie bringen freilich nach dem kurzen Auszug, den die Gesandtschaft der deutsch-österreichischen Republik in Berlin schon heute an die Presse versendet, kaum neue Tatsachen von besonderer Bedeutung. Das Bild stellt sich nach den amtlichen deutschen Publikationen und nach dem Buch des Verfassers kaum fest.

„Der entscheidende Eindruck“, so heißt es in dem erwähnten Auszug, den die Lesarten der Aktenammlung zur Verfügung stellt, ist unabweisbar der, daß der Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 zu vermeiden gewesen wäre, eine Erkenntnis, die erschütternd wirken muß, angesichts des Blutstromes, mit dem weite Teile der Erde übersüßt worden sind, angesichts der Verleumdung Europas und der noch immer unabsehbaren weiteren Folgen dieser entsetzlichen Geimlichkeiten der Welt.“ Daß es in erster Linie die Schuld Österreichs war, wenn dieses Unglück nicht vermieden wurde, wird mit ziemlich ungeschicklichen Worten angegeben. Aber leider wird wieder ebenso wie in der Bearbeitung des ersten Notbuches, der ungeschickliche Versuch gemacht, die Politik der deutschen Regierung zu entlasten. So behauptet man, daß die feindliche Aktion des Wiener Kabinetts keineswegs mit der deutschen Regierung einverständlich vorbereitet worden sei, daß vielmehr Herr von Torgow von ihrem Inhalt nicht früher Kenntnis erhalten habe, als die übrigen Kabinette, und daß die deutsche Regierung ebenso wie die in Paris, London und St. Petersburg eilig beschlossenen gewesen sei, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren.

Wozu immer wieder diese Entstellung des Sachverhalts? Erstens hat Deutschland Österreich systematisch vorwärtsgetrieben und ihm absolute Bollmacht für sein Vorgehen gegen Serbien gegeben. Zweitens hat Herr von Torgow, was durch die deutschen Akten unabweisbar bewiesen wird, tatsächlich auch den Wortlaut des österreichischen Ultimatum's früher gekannt als die übrigen Mächte, und endlich kann von Lokalisierungsbemühungen Deutschlands nur in dem Sinne gesprochen werden, daß es Beckmann-Sollweg darum zu tun war, den Verbündeten mit Serbien allein zu lassen und ihm die Möglichkeit eines schnellen militärischen Triumphes zu geben.

Auf diese Dinge werden wir noch zurückkommen, wenn uns das Notbuch selbst vorliegt, und wir würden es für sehr zweckmäßig gehalten haben, wenn sich bis dahin auch die österreichischen amtlichen Stellen Stillschweigen auferlegt und eine Beeinflussung der Presse unterlassen hätten.

Frankreich veröffentlicht nichts.

T. U. Basel, 20. Dezember.

Die „Information“ meldet aus Paris: Die Regierung hat auf Antrag Clemenceaus einstimmig den sozialistischen Antrag auf Veröffentlichung der französischen Dokumente zum Kriegsausbruch abgelehnt mit der Begründung, daß nachgewiesenermaßen die Schuld am Kriege Deutschland und Österreich tragen und eine Veröffentlichung der französischen Dokumente nur einer Meinungsänderung gegenüber dem Auslandes gleichkomme, was Frankreich nicht nötig habe.

Wozu zu bemerken ist, daß die bloße Feststellung der eigenen Unschuld rein platonisch wirkt; und gerade durch die Veröffentlichung der Dokumente erhärtet werden könnte. Aber es ist ja auch da drüben nicht alles lauter. Der französische Imperialismus und Nationalismus trägt ebenfalls kein Verhülltes. Die Entscheidung der Kriegsbefehle, wenn auch die unmittelbare Schuld am Kriegsausbruch hier nicht so groß ist wie bei Deutschland und Österreich.

Die Dorpater Verhandlungen.

Reval, 20. Dezember.

Am 17. Dezember erklärte Toffe, daß Krassin noch einige Tage in Rußland bleiben wird, doch ist Toffe jetzt selbst im Besitze der nötigen Vollmachten. Er reichte einen neuen Vorschlag über die Festlegung der estnischen Grenzen ein mit dem Vorschlag,

daß die Räteregierung auch diesmal das Selbstbestimmungsrecht nach dem ethnographischen Prinzip zur Geltung bringen könnte. Die estnische Abordnung erklärte hierzu, daß sie vor Erteilung einer Antwort mit der estnischen Regierung verhandeln müsse. Die Sitzungen wurden auf einige Tage unterbrochen.

Die Geheimnisträmerie der englischen Auslandspolitik.

H. N. London, 20. Dezember.

Im Unterhause hielt Donald Maclean eine längere Rede über die auswärtige Politik und führte u. a. aus, die Geheimdiplomatie müsse nun endlich verschwinden, die Welt verlange, daß nun einmal mit offenen Karten gespielt werde. Das Parlament müsse vor allen Dingen nähere Einzelheiten über die Besprechungen mit Clemenceau usw. erfahren. Es möchte gern wissen, ob zwischen Frankreich und England ein Sonderabkommen für den Fall, daß Amerika dem Völkerbund nicht beitrete, vereinbart oder bereits abgeschlossen sei.

Nach Maclean ergriff Lord Robert Cecil das Wort und erklärte, der Friedensvertrag müsse sofort in Wirkung treten. Sonst könnte eine etwaige Revolution in Deutschland schlimme Folgen für die Entente mit sich bringen. Der Sturz der jetzigen Regierung würde entweder ein vollständiges Chaos, die Herrschaft der äußersten Linken oder eine militärische Reaktion in Deutschland zur Folge haben. Lord Cecil verlangte dann eine offene Erklärung über die Stellungnahme der Regierung zum Völkerbund. Er habe mit Verärgerung gesehen müssen, daß häufig und besonders von Churchill in geringfügigem Tone vom Völkerbund gesprochen werde. Daraus schiene sich zu ergeben, daß die Regierung den wahren Geist des Völkerbundes nicht genügend würdige.

Dann erhob der Arbeiterführer Ethel Snowden einen Widerspruch gegen die Geheimnisträmerie der Regierung in der auswärtigen Politik und verlangte die sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland. Die Blockade und der durch sie heraufbeschworene Hunger seien die wahren Ursachen des Bolschewismus.

Lord George verteidigte sich im weiteren Verlaufe der Sitzung gegen die schweren Vorwürfe und wies die Unterstellung der Geheimnisträmerie der Pariser Konferenz mit dem Hinweis darauf zurück, daß sie viele heikle Angelegenheiten zu behandeln gehabt hätte. Eine vorzeitige Veröffentlichung hätte das ganze Ergebnis gefährden können. Außerdem habe noch niemals eine diplomatische Konferenz in der Geschichte so öffentlich geachtet wie die Pariser. Zum Völkerbund sagte der Premierminister, es bestehe zwar ein Bund der Völker, dieser müsse aber erst jetzt in einen Bund gleichberechtigter Völker umgewandelt werden. Bis zur Erreichung dieses Zieles sei England gezwungen, selbst für seine Interessen zu sorgen.

Kenner über seine Pariser Reise.

T. U. Wien, 20. Dezember.

Staatskanzler Dr. Renner vermiß heute in der Nationalversammlung auf den großen politischen Erfolg, welchen die Reise nach Paris darstellte. Die Reise sei überwunden und es sei zu hoffen, daß nunmehr ein größeres Entgegenkommen der Entente an Österreich stattfinden werde. In den nächsten zehn Tagen werden täglich 750 Waggons Kohlen nach Österreich kommen, außerdem werde Österreich Kohlen aus dem Saargebiet erhalten, da eine französische Firma große Bestände von amerikanischer Kohle nach Frankreich bringt und so Deutschland entlastet wird. Von dem 40-Millionen-Dollar-Kredit seien noch 8 bis 7 Millionen Dollar für Österreich zur Verfügung. Der Staatskanzler erläuterte dann die bereits bekannten Ergebnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelausfuhr und erklärte bezüglich aller Nachrichten über eine bereits gewährte große Valutaplanke, daß alle diese Nachrichten den Tatsachen nicht nur voreuseilen, sondern ihnen sogar widersprechen; erst in 10 bis 14 Tagen kann man diesbezüglich genauer sehen. Was die Separatistbestrebungen der einzelnen Länder anbelange, so habe der Oberste Rat entschieden, daß die im Frieden von St. Germain festgelegten Grenzen von Deutsch-Österreich aufrecht erhalten bleiben und daß auch Deutsch-Österreichern zu Österreich kommen müsse. Der Oberste Rat will in keinerlei Änderungen der Grenzen einwilligen.

Von Jena bis Gotha.

Von Ernst Däumig.

„Von Kopf bis Fuß“, aus allen Poren Blut- und Schweiß triebend“, kam, wie Karl Marx in genialer Weise nachgewiesen hat, das Kapital zur Welt. Blutig und schmutzig sind die Fußspuren des Kapitalismus auf seinem Wege durch die letzten drei Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte. In seiner höchsten Entwicklungsphase, in der Epoche des Imperialismus, schuf der Kapitalismus ein Blutmeer und eine Schlammwüste, und hat damit das Fundament, auf dem er stand, unterhöhlt und wankend gemacht. Millionen haben den Glauben und das Vertrauen auf die kapitalistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung verloren. Die kassenbewußten Proletarier, die Lohngräber der alten Weltordnung, wollen den banferrotten Kapitalismus nicht noch einmal tanzen, wie ihnen solche Freunde rufen, sondern sie wollen den Weg frei machen für die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Aufgabe, wie sie größer und schwerer noch niemals Menschenfüßen und Menschenhänden gestellt war. Hier die Todesangst der alten, noch über manche Kräfte verfügbaren Weltordnung; dort die Geburtswunden der neuen Zeit, deren Verfechter mitten in einem ausgepeitschten Meer von Meinungen, alten und neuen Ideologien, Vorurteilen und Illusionen stehen, so daß der rechte Kurs zu den Ufern der neuen, sozialistischen Weltordnung nur schwer zu finden ist.

Nur einen zuverlässigen Kompaß gibt es für das Proletariat in dem Sturm und Drang dieser gährenden Zeit: Die Erkenntnis, daß nur der Sozialismus neues Leben aus den Ruinen erziehen lassen kann, daß nur er Millionen Arbeitsfreudigkeit, Selbstvertrauen und Verantwortungsfähigkeit wiedergibt; und zum zweiten der feste Wille, keinen Post mehr zu schließen mit den alten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gezeiten, gründlich zu brechen mit dem Aberglauben an die kapitalistische Vergangenheit und, den Blick nach vorwärts gerichtet, die proletarischen Kräfte zusammenzufassen und zum letzten entscheidenden Stoße gegen die morische kapitalistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung vorzuführen. Mit anderen Worten: Nicht allein der kapitalistischen Weltanschauung mit ihrer Betonung des Egoismus und ihrem Dogma von der „natürlichen“ Vorherrschaft der besitzenden und gebildeten Klassen gibt es ein Ende zu machen, es gilt auch zu brechen mit den Diplomatentänzen, den Halbheiten und der Feilscherei des Reformsozialismus, der in dieser Zeit, wo ein Hüben und drüben nur gilt, immer wieder zu einem Helferheifer des Kapitalismus wird. Heute können nur die Grundzüge und Forderungen der revolutionären Sozialismus die Richtschnur liefern, die uns aus dem chaotischen Trümmerfeld der Gegenwart hinausführt in ein besseres Zukunftsland.

Nur von diesen höheren Gesichtspunkten aus, nur im Rahmen des großen Weltgeschehens ist das Ergebnis des letzten Parteitag's der U. S. P. zu beurteilen, sind seine Verhältnisse in die Tat umzusetzen.

Ueber ein halbes Jahrhundert lang hat sich die deutsche Arbeiterbewegung in reformsozialistischen Bahnen bewegt. Wohl hatte sie zur Grundlage die marxistische Theorie, den wissenschaftlichen Sozialismus, dessen Gedankenwelt revolutionär ist; wohl ist in der politischen Agitation ausgiebig Gebrauch gemacht worden von einer radikalen Phrasologie, in der Praxis aber war die Arbeiterbewegung opportunistisch, mußte es schließlich sein in einem nachwärtigen Militär- und Kolonialstaat und gegenüber einer kraftstrotzenden kapitalistischen Entwicklung. So kam es, daß die sozialdemokratische Partei fast ausschließlich eingestellt war auf den parlamentarischen Kampf, daß die Organisation in erster Linie auf die Erzielung von Wahl- und Mandatarfolgen ausgerichtet war. Die Gewerkschaftsbewegung oder konnte nur den Kleinkrieg mit dem Kapital; in den letzten Jahren der Vorkriegszeit lief ihre Strategie auf die Mandatar- und Verhandlungskunst der pedantischen Führer des 17. und 18. Jahrhunderts hinaus. Von dem Endkampf zwischen Kapital und Arbeit war damals nirgends die Rede. Auch das im Jahre 1889 aufgestellte Programm der II. Internationale trug ausgesprochen reformistischen Charakter. Es war jene Zeit, in der der Revisionismus, unter-

Freuden von radikalen Verboten, ins Kraut stecken konnte, in der der Ministerialbürokratie, die Budgetbewilligung und die Anträge sand. Die kleine Schaar wirklich revolutionär empfindender und denkender Elemente hatte damals unter dem Dache der deutschen Arbeiterbewegung keine angenehme Wohnstätte; es lief nur an der offenen und hinterhältigen Kampf der Gewerkschaftsbürokraten gegen den Gedanken des politischen Massenstreiks erinnert. Die Wahlrechtsdemonstrationen waren erste, tastende Versuche einer außerparlamentarischen Massenaktion, die unter dem Einfluss der russischen Revolutionsbewegung vom Jahre 1905 zustande kamen und wenige Jahre später von der großen opportunistischen Welle weggeschwemmt wurden. Die paar großen, heftigsten gestatteten Friedendemonstrationen der letzten Vorkriegsjahre waren nur große Paraden, denen der revolutionäre Wille, den Vorkriegsstand auch durch die Tat zu verändern, fehlte. Fasten doch diese Demonstrationen sehr häufig in die Reaktionen der Regierung, die ihre Klümmungspläne erst zu einem gewissen Abschluss bringen wollte, ehe sie einen Anlauf zum Losbrechen suchte. Das Attentat von Sarajewo im Juni des Jahres 1914 gab nach der großen Militärvorlage des Jahres 1913 den gewünschten Vorwand, die Brandfackel in das Pulverfass zu werfen und die ganze Welt mit in die Katastrophe hineinzuziehen. Die Verfestigung der Vorkriegsstände in diesen Tagen zeigt, wie verbrecherisch und wie planmäßig die Kriegsvorbereiter das Proletariat zur Schlachtbank getrieben haben.

Als das Kriegsgewitter hereinbrach, bot die deutsche Arbeiterbewegung folgendes Bild: Die organisierten Massen ohne jede revolutionäre Tradition und Schulung, eingedrillt auf Parteidisziplin, pünktliche Beitragszahlung, propagandistische Kleinarbeit usw., die Organisation selbst ein hartes, bürokratisches ausgebautes Gebilde mit realen Vermögenswerten wie Gebäuden, Druckereien, Zeitungsverlagen usw., dazu die Millionenbeiträge der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen. Die Führer fast ausnahmslos beherrscht von der reformistischen Denkweise, auf der einen Seite gewöhnt, alles Geschehen nur aus der parlamentarischen Perspektive zu betrachten, auf der anderen Seite Stolz auf dies große gewerkschaftliche Tarifwerk, das dem Unternehmertum gewisse Vertragsverpflichtungen auferlegte, ohne die privatkapitalistische Profitwirtschaft irgendwie zu erschüttern.

Eine so beschaffene Arbeiterbewegung hatte viel zu wenig innere revolutionäre Widerstandskraft, als die ersten Kriegstürme über sie dahinzubrauten. Vergessen wurden im Fondumdrehen die verbängnisvollen Lebensführungen des persönlichen Regiments, das sich gerade in jener Zeit, wie die Vorkriegszeiten beweisen, in gemeinsamer Weise aufblühte. Vergessen wurde das brutale Gebahren des Militarismus; vergessen wurde der Expansionsdrang der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, das mit Blut und Eisen ein Weltmarktmonopol erobern wollte. Jetzt hieß es: „Das Vaterland ist in Gefahr“, die Kriegskredite wurden bewilligt, die „Politik des 4. August“ wurde als die Aufgabe der Sozialisten verkündet, das „Durchhalten“ und der „Endsieg“ wurden der deutschen Arbeiterschaft gepredigt.

Es war damals nur eine kleine Schaar, die nicht zugeben konnte, daß das persönliche Regiment, das der Militarismus — lagen doch die Hahnen-Äffäre und der Frankfurter Prozeß gegen Rosa Luxemburg erst wenige Monate zurück —, daß die Kellerei der Schwerindustrie und der Großbanken auf Veberrückung des Weltmarktes und mit einem Schlag verkommen oder harmlos geworden seien. Diese kleine Schaar war es auch, die mitten in der allgemeinen Kriegseuphorie das Kommen des großen Unheils ahnte, ohne natürlich die juchzende Dauer und den Umfang des Weltkriegs in seinen Einzelheiten voraussehen zu können. Sie war es auch, die unter dem Druck der Kriegsdiktatur ihre Gegnerschaft gegen den Krieg wenigstens in den Parteioptionen zur Geltung zu bringen suchte. Dagegen hat sich manch einer, der später in der Kriegsoption als großer Kämpfer im Streite auftrat, zu Anfang des Krieges dem roten Kreuz zur Verfügung gestellt oder sich an einer der damals wie Blitze aus der Erde schießenden Wohlfahrtsorganisationen beteiligt.

Es kann hier nicht ausführlich geschildert werden, wie diese kleine Schaar von Kriegsgegnern, die in immer härteren Gegenstand zur offiziellen Parteipolitik geriet, im weiteren Verlauf des Krieges und von einer Kreditbewilligung zur anderen immer größer wurde. Die Geschichte der deutschen und vor allem auch der Berliner Arbeiterbewegung während des Krieges muß erst noch geschrieben werden. Es konnte sich innerhalb der Partei eine illegale Organisation der Opposition bilden, die mit großer Mühe und in gerinnem Umfange durch Flugblätter usw. den Kampf gegen das Weltwürgen im allgemeinen und die sozialdemokratische Kriegspolitik im besonderen aufnahm. Diese Opposition fand auch den Weg nach Himmelswald und Kienthal. Leider trat sehr bald eine Spaltung innerhalb der Kriegsgegnerischen Opposition ein, teils aus sachlichen, teils aus persönlichen Gründen; häufige Laufen in solchen Fällen auch bei diesen Personen persönliche und sachliche Motive in gleicher Richtung. Von einem eigentlichen politischen Leben ist in der deutschen Arbeiterbewegung in den ersten Kriegsjahren nichts zu hören gewesen. Die Presse stand unter Zensur und fand sich zum größten Teil mit dem Zensurmonstrum ab. Ein schwaches politisches Licht leuchtete durch das Land, wenn die große Milliarden-Bewilligungsmaschine, der Reichstag, zu neuen Bewilligungen in Betrieb gesetzt wurde. Auf diesem parlamentarischen Boden entwickelte sich alsbald eine Opposition im Schoße der sozialdemokratischen Fraktion. Im Oktober 1916 bildete sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, für die die Gewerkschaft gegen die Kreditbewilligung die Grundlage abgab. Innerhalb und außerhalb des Parlaments ließ die Opposition auf einen Protest gegen die rechtsozialistische Kriegspolitik hinaus. Revolutionäre Gedanken und revolutionäre Ziele kamen damals kaum zum Ausdruck.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft verhärtete den Gegenstand zwischen der Parteioption und der Parteibürokratie. Es folgten die heftigsten Attacken auf Parteileitungen, die gegen die parteioffizielle Politik Front machten. Es folgte der „Bormiester“-Krieg, bei dem Militärzensur und Parteivorstand sich zu einem Kompromißschlichter zusammenschloß. Diese und andere Gewaltmaßnahmen reizten um die Wende des Jahres 1916/1917 die oppositionellen Parteigenossen bis zum Äußersten. Die Dinge drängten von selbst auf eine organisatorische Trennung der Parteioption von der Parteibürokratie im Jahre 1917.

gefahrenen alten Parteileitung. Im April 1917 wurde der Trennungsschritt vollzogen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wurde auf dem Kongress in Gotha aus der Taufe gehoben. Sie übernahm aber aus der alten Partei nicht allein einen guten Teil organisatorischer Reformen, sie nahm auch mit hinüber ein reichliches Maß von parlamentarischen und sonstigen Traditionen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei war zunächst eine radikale Oppositionspartei; ein revolutionäres Gebilde war sie noch nicht. Das wurde sie erst auf dem Wege von Gotha nach Leipzig.

Der letzte Parteitag der alten, geeinten Partei fand 1913 in Jena statt. Er trug den üblichen opportunistischen und evolutionären Charakter. Die Erschütterungen der ersten Weltkriegsjahre sprengten den oppositionellen Teil von dem plumpen Parteiblock ab. Das Feuer der beiden letzten Kriegsjahre und des ersten Revolutionsjahres hat das oppositionelle Robeisen zu revolutionärem Stahl ausgeglüht.

Was sprach Herr Bauer!

Die Nationalversammlung ist geschlossen. Am dem beglückten aufstrebenden deutschen Volke trotzdem ihre Weisheiten zu erklären zu können. Bistieren die Regierungsmänner sie einigen journalistischen Ausforderern in die Hände geben. Auch der Reichsminister Bauer hat sich so einen bestellt, der für den Rubapener „Kf St“ schreibt. Von den verschiedensten Dingen, die Bauer dem Parteitag betonen hat, sind nur einige ersichtlich bemerkenswert. Einige andere würden vielleicht juristische Erwähnung verdienen, aber wir müssen uns des knappen Raumes wegen leider das Scherzen besorgen.

Herr Bauer findet, daß gewisse Forderungen für eine Neuerung des Arbeitsrechts zu bezeichnen seien, darunter vor allem die zunehmende Arbeitslosigkeit zur „Klondike“. Was sagt der ehemalige „Bormiester“ Gewerkschaftsführer. Wir machen uns sicher keiner unbedeutenden Auslegung schuldig, wenn wir rückblickend aus dieser Neuerung folgen, daß auch Herr Bauer als Grund für die Abneigung der Arbeiter gegen den Streik nur — zunächst steht.

Einem Blick nicht Herr Bauer in der Verfassung im Innern (mit Feuer und Schwert) und in dem letzten Wesentlich aller Regierungspolitiken zur Demokratie, auf deren Boden die Fundamente zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands errichtet werden. Kaum als Freudig bewegt erklärt der „Sozialdemokrat“ Bauer seine Meinung, daß auf den Fundamenten der vom Zentrum und den Sozialdemokraten beherrschten „Demokratie“ die kapitalistische Wirtschaft neu aufgebaut wird.

Einen breiten Raum in der Auffassung des Stänglers nimmt die Frage der Einigung der Arbeiterklasse ein. Herr Bauer bedauert die Spaltung und die „schonungslose Art“ des Kampfes, betont aber, daß alle diese Bekümmnisse seiner Partei aufgetragen worden seien. Es seien immer wieder Versuche gemacht worden, die Klüfte zwischen den beiden Parteien zu überbrücken, was er bezeugt habe. Aber nach dem Parteitag in Leipzig sehe er keine Möglichkeit der Einigung mehr.

Es ist schade, daß sich Herr Bauer nur in so allgemeinen Wendungen über die Frage geäußert hat. Wäre er lieber in die Einzelheiten der Materie getreten, dann hätte er dem „Kf St“ Ratte sagen können, daß sich insbesondere Herr Gustav Kopsle unerhörte Verdienste in der Vereitung des Bodens für die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse erworben hat.

Doch Bauer wider besseres Wissen behauptet, mit bester Intention den Bürgerkrieg, nehmen wir ihm nicht übel. Von großen Staatsmännern soll man nicht verlangen, daß sie es so ehrlich mit der Wahrheit meinen, wie ein gewöhnlicher Sterblicher. Das Plutonium gehört zu diesem Landwech, wie zu manchem anderen das Koppere. Aber laßt sich folgende Betrachtung, die Herr Bauer an die Regierung vom Bürgerkrieg läßt, um die Notwendigkeit einer revolutionären Politik zu beweisen: Die bisherigen Erwerbseinstellen, die das erste Jahr der deutschen Republik den Arbeitern gebracht hat, zeigen, daß im neuen Deutschland sozialistische Ziele auf friedlichem und gesetzlichem Wege erreicht werden können.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik des Herrn Bauer!

Das dicke Ende kommt noch!

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in Gemeinschaft mit anderen Unternehmerverbänden eine Betriebsräte-Kommission eingesetzt. Und diese Kommission hat — was sie sonst noch tut, wissen wir nicht, aber wir trauen ihr die höchste Mäßigkeit zu — durch Zirkular folgenden Klaraußlassungen:

Die Beschlüsse der 7. Kommission der Nationalversammlung zu dem Gesetzentwurf der Regierung über die Einrichtung von Betriebsräten haben, soweit sie durch die Beratungen bekannt geworden sind, alle Kreise der Industrie, des Handels und des Gewerbes auf das tiefste enttäuscht. Alle wesentlichen Änderungsverschlüsse der leitenden Kreise der deutschen Wirtschaft sind unbeachtet geblieben. Die Beratungen und die Gestaltung des Gesetzentwurfes hat sich unter Anwesenheit der sachlichen Kreise unter dem Einfluß der allgemeinen Politik und der Klüffeltreue auf die Stimmung der radikalen Arbeiterkreise vollzogen.

Der Entwurf darf auch in der Fassung des Kompromisses nicht beschleunigt werden, wenn nicht die Industrie zugrunde gerichtet werden soll.

- U n a n e h m b a r sind folgende Bestimmungen:
1. Die Pflicht zur Vorlegung der Bilanz.
 2. Die uneingeschränkte Beteiligung des Betriebsrates am Aufsichtsrat.
 3. Das Recht des Betriebsrates, dem Arbeitgeber Richtlinien für die Einstellung von Arbeitern und Angestellten aufzugeben.
 4. Die Mitwirkung bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden und der Festsetzung der Entlohnung.
 5. Die Unterstellung des Arbeitnehmers in den Sitzungen des Arbeiters, Angestellten- und Betriebsrates unter die Leitung des Abmonnes.

Mit diesen unheilvollen Bestimmungen sind die mit dem Gesetz verbundenen Gefahren für die gesamte Wirtschaft noch nicht erschöpft. Nach der Begründung des Gesetzentwurfes und dem Willen der Regierung ist es freigeblieben, für den Betriebsrat noch weitere Befugnisse und Rechte durch Tarifverträge zu begründen, d. h. auf die tatsächlichen Verhältnisse übertragen; dem Arbeitgeber durch Streik noch weitere Zugeständnisse abzurufen.

Diesen Gefahren in letzter Stunde zu begegnen, rufen wir sämtliche deutschen Arbeitgeber und Unternehmer dazu auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Abänderung des Gesetzentwurfes in der weiteren Verhandlung der Nationalversammlung hinzuwirken.

Demnach haben wir also noch mehreres zu erwarten. Man stelle sich vor, was von den Betriebsräten übrig bleibt, wenn alle die Unternehmern, welche die in der Bilanz Punkte zum Ausdruck kommen, in Erfüllung gehen.

Weihnachtsliebesgaben für die deutschen Kriegsgefangenen.

Die Kriegsgefangenen-Abteilung der deutschen Friedensdelegation hat mit Hilfe der dänischen Roten-Kreuz-Vertretung in Paris, die sich dadurch erneut große Verdienste um unsere Kriegsgefangenen erworben hat, erhebliche Mengen an Winterkleidung, Wäsche und Schuhzeug, Tabakwaren und Lebensmittel für die deutschen Kriegsgefangenen angekauft. Wegen der großen Transportwierigkeiten, namentlich in der ebewählten Kampfsaison, wurden die genannten Waren ohne Rücksicht auf die besonders hohen Kosten durch Luftautos unmittelbar in die Lager abgefliegt. Die Versorgung der Lager des Winterlandes wurde durch den deutschen Hilfsdienst in Bern mit äußerster Anspannung fortgesetzt.

Der ganze südliche Teil des Wiederaufbaugesbietes, in dem der größte Teil der deutschen Kriegsgefangenen arbeitet, bis hinauf nach Lyon, wird auf diese Weise mit den deutschen Liebesgaben versorgt. Der nördliche Teil dieses Gebietes wird durch eine unmittelbare Luftautomobil-Unternehmung von Paris und von Boulogne aus mit deutschen Liebesgaben beliefert. Die Liebesgaben bestehen aus Wäsche, Kleidung, Schuhzeug, Essen und Tabakwaren, welche von der deutschen Regierung nach der Schweiz und nach Paris geschafft wurden. Von Danemark wurden unmittelbar nach Boulogne auf dem Seewege 24 Baggern mit Lebensmitteln gesandt, welche die dänische Rote-Kreuz-Vertretung in Paris mit Luftautos verteilt.

Für die Angehörigen der Gefangenen.

Die Angehörigen der noch in Frankreich zurückgehaltenen Kriegsgefangenen leiden bittersten Elend. Nichts wird für sie weiter getan, als daß ihnen die Republik schöne Worte des Trostes und Mitgeföhls spendet, die ihre Not nicht lindert. Was haben sie von noch so feierlichen Kundgebungen der Nationalversammlung, wenn sie ihnen kein Brot schafft?

Gewissin Zieg hat nunmehr in der Nationalversammlung folgende keine Anfrage gestellt: „Die Frauen und Kinder der Kriegsgefangenen sind in der bittersten Not, die um so mehr wächst, je mehr die Weidewirtschaft zunimmt. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen, die infolge der Zurückhaltung der Regierung in Feindesland schwer seelisch leiden, fühlen doppelt den Mangel an Pflege, durch den sie zum Dungen verurteilt sind. Ist die Regierung bereit, durch eine besondere Unterstützung diese Notlage schnellstens zu beheben?“

Von den bolschewistischen Fronten.

T. U. Koval, 20. Dezember.
An der Spitze des finnischen Meerbusens befehligt der Feind am 17. Dezember die einischen Stellungen. Nach heftiger Artillerievorbereitung giffen feindliche Schiffe an, wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. In der Richtung Jamburg brachen alle Angriffe im einischen Feuer zusammen. Am 18. Dezember gelang es dem Feinde, 7 Regimenter über die Karowa zu bringen. Er wurde jedoch durch kräftigen einischen Gegenstoß gezwungen, das linke Ufer der Karowa vollständig zu räumen.

Amsterdam, 20. Dezember.
Baut „Telegraaf“ melden die englischen Wäiter, daß einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge, das rote Heer die Verfolgung der Truppen Kollkals fortsetzt und Nikolajew befehligt hat. Die Bolschewisten nähern sich Omsk. Sie haben 5000 Gefangene gemacht, darunter einige Generale, und 54 Geschütze erbeutet.

Der weiße Schrecken.

Weitere Todesurteile gegen ungarische Kommunisten.

Budapest, 20. Dezember.
Das Urteil im Prozeß gegen den politischen Beauftragten der bolschewistischen Revolutionsgerichtshöfe Dr. Eugen Kuffo und den Chef der politischen Polizei Otto Kocwin-A. n. e. wurde heute vormittag verkündet. Beide Angeklagte wurden zum Tode verurteilt. Die Verurteilten haben Begnadigungsgesuche eingereicht, aber die der Oberste Gerichtshof entschieden.

Sozialistischer Parteitag in Spanien.

Am 11. und 12. d. M. hielten die spanischen Sozialisten einen außerordentlichen Parteitag ab. Das bemerkenswertere Ergebnis war die Abstimmung über die Internationale, die eine kleine Mehrheit für die zweite Internationale eintrug. Die Delegierten, die für Genf stimmten, betrauten 14 000, die anderen, welche nach Moskau wollten, 12 500 Stimmen. Von großer Bedeutung war ferner der Beschluß des Parteitages, bei keiner Wahl ein Bündnis mit irgend einer anderen politischen Partei zu schließen. Mit großer Mehrheit wird weiter der spanische Parteitag einen Antrag zurück, der eine Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften beabsichtigte. Einmütig wurde schließlich beschlossen, sich einer Verbindung Spaniens an der Blockade Schwedens zu widersetzen.

Die wochenlange spanische Ministerkrise hat nunmehr endlich ein Ende erreicht, wenn auch die gesunde Lösung aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine provisorische ist. Es wurde ein Kabinett gebildet, das sich aus allen bürgerlichen Parteien, nämlich aus konservativen, aus Katholiken, aus Demokraten und aus Liberalen zusammensetzt. Die innere Lage Spaniens treibt nach Verichten spanischer Parteiblätter immer mehr einer Krise zu.

Eine ständige Valais-Kommission hat sich gebildet, der zahlreiche Finanzmänner und Wissenschaftler angehören. Es wird ausdrücklich betont, daß die Kommission nur beratenden Charakter habe und für die Klüfte in der Wirtschaft- und Finanzpolitik nicht als verantwortlich gelten könne.

Das englisch-französische Abkommen über Galatz ist bis Ende 1920 verlängert worden. Damit bleibt Galatz weiter von den Engländern besetzt, die jedoch nicht die Zivilverwaltung übernehmen.

Briefträger Militärbesatzung in Frankreich. Die ausländischen Kommissionen haben der Regierung einen Entwurf vorgelegt, der die Dauer des Militärbesatzung auf zwei Jahre festlegt. Der Senat von Cuba hat den Friedensvertrag mit Deutschland einstimmig ratifiziert.

Konsumgenossenschaft

Berlin und Umgegend, E. G. m. b. H.
Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Unser Manufakturwaren-Lager

Brunnenstr. 188/90

ist am Sonntag, den 21. Dezember, von 1-6 Uhr nachmittags zum Verkauf geöffnet.

Zum Verkauf gelangen:

Leinen- u. Baumwollwaren, Kleiderstoffe u. Seide, Weisswaren, Taschentücher, Schürzen, Wäsche, Futterstoffe, Trikotagen, Wollwaren, Strümpfe, Handschuhe, Blusen, Pelzwaren, Schuhwaren, Damen- u. Kinder-Konfektion, Herrenartikel, Schirme u. Stöcke, Gardinen, Portieren, Teppiche, Wachstuche usw.

Verkauf nur an Mitglieder.

Theater und Vergnügungen.

Volkshäuser, Theater am Bülowplatz.
3 Uhr: Der schwarze Knabe.
8 Uhr: Die von Berkingen.

Opernhaus

3 Uhr: **Paestras**.
8 Uhr: **Schauspielhaus**
8 Uhr: Wilhelm Tell.

Deutsches Theater

7 Uhr: Und Pippa tanzt
Montag 7 Uhr: Jakob Tramm

Kammerspiele

7 Uhr: Advent
8 Uhr: Die Geisteskranken

Großes Schauspielhaus

Karlstraße
8 Uhr: Orestie (Nachm. Abt. C.)
1. Vorstellung

Röhlgründer Straße

Nachm. 3 Uhr: Musik.
8 Uhr: Schloß Wetterstein
Dir.: Schloß Wetterstein

Kammerspiele

Abd.: Schloß Wetterstein
Freitag: Maria Orakal
Abd.: Schloß Wetterstein

Kammerspiele

Nm. 30. Elisabethstr. d. Platz
Abends 8 Uhr: „Sio“
Montag: „Sio“

Kammerspiele

Donnerstag: „Sio“
Abends 8 Uhr: „Sio“
Freitag: „Sio“

Kammerspiele

Abends 8 Uhr: „Sio“
Sonntag: „Sio“
Montag: „Sio“

Kammerspiele

Montag: „Sio“
Dag: „Sio“

Kammerspiele

1. Freitag 4 Uhr: Der gute Ruf
2. Freitag 6 Uhr: Der gute Ruf

Kammerspiele

Nachm. 4 Uhr: Kleine Preise
Der gute Ruf
Täglich 8 Uhr:

Kammerspiele

1. Freitag 4 Uhr: Der gute Ruf
2. Freitag 6 Uhr: Der gute Ruf

Lessing-Theater

Direktion: Viktor Berensky
3 Uhr: Der rote Mohr.
7 Uhr: Pygmalion

Deutsches Kunst-Theater

3 Uhr: Dies Irre.
Abend: 7 Uhr: Cyprienne

Neues Operettenhaus

Direktion: Jean Krom
Abend: 7 Uhr 30 Min.:
Die Dame vom Circus

Rose-Theater

3 Uhr: Schneewittchen
7 Uhr: Die im Schatten leben

Theater am Schlosser Tor

Tagl. 7 und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger

Wintergarten

Täglich 7 Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Walhalla-Theater

8 Uhr: Das Gesetz.
7 Uhr: Am goldenen Horn

Circus Busch

Tagl. 3 1/2 u. 7 1/2 u. 2 Vorst.
Nachm. 1 u. 2 Uhr
Wochentag: Märchen-Pantomime
„Aschenbrödel“

Theater am Monbijou

Der grandiose
Prachtfilm
HARAKINI

Apollon-Theater

Friedrichstr. 218.
Abend: 7 1/2 u. 7 1/2 u.
Sonntag: 3 u. 7 1/2 u.

Cosmo-Theater

Spiegelstr. 27. Tägl. 7 1/2 u.
Schniepel's Lene

Apollon-Theater

Friedrichstr. 218.
Abend: 7 1/2 u. 7 1/2 u.
Sonntag: 3 u. 7 1/2 u.

Unüberwindliches

Varieté-Programm I

Großes Schauspielhaus

Smelter Weihnachtsfest, 2 1/2 Akte
Eismalige Weihnachtsgeschichte außer Abonnement

Die Dreistie

Regie: Max Reinhardt
Hauptrollen: Alexander Moissi, Auguste Pankodg,
Gustav Grolmann, Lia Kofen, Margarethe
Christians, Paul Lange, Ferdinand Gregori,
Walter Redlich, Josef Klein

Preise der Plätze: M. 9.— bis M. 10.—
Wochen: Theaterkasse, A. Weyhlein und im Jubiläum

HT Humboldt-Theater HT

Badstraße 19 Lichtplatz Erdstraße 18
Hannemann, ach Hannemann,
fang bloß nicht mit die Mädels an

HT Humboldt-Theater HT

Badstraße 19 Lichtplatz Erdstraße 18
Hannemann, ach Hannemann,
fang bloß nicht mit die Mädels an

Eichhoffbauer

Volks-Varieté
Warschauer Straße 34/36
Täglich
erstklassige Varieténummern
dann die neue Burleske
Der Bauerngraf.

Zähne von 3 M.

Bei Bestellung eines Gebisses Zahntechnik gratis. Un-
erwartetes schlechtes Gebisse in 2 bis 3 Tagen.

Plomben von 3 M. an

Schriftliche Garantie.
Spez.: Kronen — Brücken — Stül-
Zähne — Goldplatt. z

E. Brotmann

Zahn-Praxis
Invalidenstr. 151,
vora I.

SCALA

FRÜHER
CAFÉ
MORITZPLATZ
Direktion: Richard Korant
Wiedereröffnung
SONNTAG den 21. DEZ.
Nachmittag 4 Uhr

Circus Barnum-Schau

Massiv, entbehrlos Winterbau
direkt an der Lindenstraße
Täglich abends 7 1/2
Größe
Sonntag-Verstellung
Sonntag
1. 21. Dezbr.
brillante
2. Prunk-
Vorstellung.

1 steht!

Kein Circus-Programm
erreichte jemals größere
Bewunderung bei Presse
und Publikum, als das
Rieson-Waltstadt-Programm
des Circus „Barnum-Schau“

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Prachtvolle Freiheits- und Schuldressuren

von Karl Stralburger
Scott, d. Mann
Saubla Nadehara
Arigora, Schie-
sche Narve
Elai Kam Berhngat
darhreit, Akrob.

Reelles optisches
Spezial-Geschäft
Kontrollen Augenärztliche
M. Riegel
Spittelmarkt 8-10
1000 Berlin

Zahn-Praxis

Emil Söndel
Berlin N., Ebersstr. 28.
Bitte genau auf Maximalwert
zu achten.
Anfertigung von künstl. bei
Zahn-Plomben, Zahnkränzen,
Spezialität:
Goldkrone und Goldbrücken.
Achtung! Fahren jeder
Art. Möbeltransportlida
Presse. Prompte Anlieferung.
Trennerl. Palisadenstr. 21V
Tel. Alex. 2187.

Konzert

Männergesangverein Liedertafel Berlin-West
M. d. D. A. S. B. Chormeister Fritz Stempel
Donnerstag, den 21. Dezember 1919 (1. Weihnachtst-
feier) im großen Saal des Gewerkschafts-
hauses, Engel-Ufer 15
KONZERT
Mitwirkende:
Mitglied der Staatskapelle Paul Treff (Celli)
Komponist Karl Käppl (Harmonium, Klavier)
Nach dem Konzert: T. Tanz. 100
Sängeröffnung 4 Uhr.
Beginn des Konzerts pünktlich 7 1/2 Uhr.
Eintrittspreise einschließlich Liederliste 2 Mk.
2 Mk.

Künstlerische Matinee

Zur Aufführung gelangen:
1. Kammermusik, 2. Rezitationen, 3. Ge-
sangs-Vorträge, ausgeführt von Männer-Gesang-
verein „Der Erwacht“, Mitglied des Art.-Soll.
Eintritt 1.50 Mk. — Programm am Sonntag.
Rauchen während der Aufführung verboten.

Weihnachtsmesse

Dresdener Str. 34/35, ist eröffnet.
Größte Schau Berlins
Weihnachtsmarkt,
Konzert und Tanz
Volksbelustigungen, Ringkämpfe
Prozesse,
Alexanderstr. 45.
Reif, Holzsand, mit Paus, Tischberg
Hof, Musik-, Musik-, Musik-, Musik-
Landgericht Dr. v. Kirchbach
Gedruckte von Juli 1. 1919, 1919
Beobacht., Mitw. nach, Jurlaren, 1919 2. 11. Vorprozess

Schweizer Musikhaus

Die führende Firma
auf dem Gebiete von
Musikinstrumenten aller Art
Reparatur-Werkstätte
Odeon-Musik-Apparate, Odeon-Musik-Platten mit der
Reinholdstraße 117 (Ecke: Wedding) • Radweg 17 • Schönhauser Allee 120 • Schönhauser Allee 108 • Wilmersdorf, Berliner Allee 21.

Ireland.

Auf den englischen Oberkommandierenden in Irland, Lord French, ist in Dublin ein Bombenattentat verübt worden. Das Automobil des Generals wurde zerstört, er selbst blieb unverletzt.

Der „Vorwärts“ verleiht diese Nachricht mit der lakonischen Notiz: eine Diskussion über die irische Grenzpolitik. Er trifft mit dieser Kennzeichnung durchaus das Richtige, aber die Frage drängt sich auf, ob er einen verbrecherischen Anschlag auf Roske wohl ebenso knapp charakterisieren würde, denn der Geist — wenn anders hier von Geist gesprochen werden kann — in dem England zur Zeit Irland verwaltet, ist derselbe, in dem die deutschen Machthaber mit den revolutionären Arbeitern in Deutschland umspringen.

Diese Skandalisation war falsch. Der Ausbruch des Krieges drängte die irische Frage in den Hintergrund. Aber nun wollte man sich in Berlin um, und wenn bis dahin mit den Carson-Parten getadelnswürdig geworden war, so richtete man jetzt seine Blicke auf die englandfeindlichen Iren und glaubte, mit ihrer Hilfe dem Gegner Schwereigkeiten bereiten zu können.

Es wurde nichts mit der Revolution. Es gab einzelne lokale Aufstände, die Iren leisteten der Freiwilligen-Anwerbung positiven Widerstand, und die Regierung mußte darauf verzichten, sie in die allgemeine Wehrpflicht einzubeziehen, aber dabei blieb es und unmittelbare Gefahren erwachten der englischen Kriegsführung nicht.

Auch diese Hoffnungen waren eitel. Der Triumph der Alliierten war kein Triumph des Rechtsgedankens, der Sieg wurde im imperialistischen Interesse der Sieger ausgenutzt. Der Völkerbund, der Rettung bringen sollte, blieb eine Farce.

Die so genannten Sinnfeiner wurden die herrschende Partei im Lande. Sie vertraten die extremste Richtung des Nationalismus und forderten ohne alle Umschweife die von England vollständig losgelöste selbständige irische Republik. Sie beteiligten sich an den Wahlen zum englischen Parlament, um ihre Stärke nach außen hin offenkundig zu machen, verzichteten aber darauf, ihre Abgeordneten nach London zu senden.

Diesem sehr systematischen Vorgehen, bei dem man sich sorgfältig jeder Gewalttat enthielt, standen die englischen Behörden ziemlich machtlos gegenüber, und obwohl beispielsweise auf die Beteiligung an der Anleihe sehr scharfe Strafen gesetzt waren, ließ es sich nicht verhindern, daß die Aufforderung zur Zeichnung immer wieder öffentlich plakatiert wurde.

In ihrer Verzweiflung griff nun die Regierung zu dem bedenklichsten Auskunftswege: sie verhängte den Belagerungszustand und richtete eine brutale Militärgerichtsbarkeit auf. Das ist so das Verhängnis dieses Krieges, daß er auch die bis dahin unberührten Staatsweisen mit dem Gift des Militarismus durchsieht hat, und daß die Sieger derselben Krankheit verfallen sind, die sie Deutschland austreiben wollten.

Gleichzeitig freilich wollte man den irischen Wünschen ein gewisses Entgegenkommen zeigen. Ein Gesetz wurde vorbereitet, das eine beschränkte Selbstverwaltung gewährte. Irland sollte zwei Parlamente erhalten, eins für die irische Majorität und eins für die englische und protestantische Minderheit in der Provinz Ulster.

Der Versuch nicht unternommen hätten. Wir sind nicht über das notwendige Maß hinausgegangen. Wir würden, hätten wir anders gehandelt, der Treibhölzer einer großen Partei unwürdig sein, denn es gibt keinen größeren Feind der menschlichen Freiheit, als die Anarchie.

und die Eindringung des Entrotts, die für den 15. Dezember angekündigt war, wurde einflusslos vertagt.

Das ist die Situation, in der sich das Land zur Zeit befindet. Der Verzicht auf das Gesetz ist mit dem Attentat auf French beantwortet worden, und nun kommt es auf die weiteren Maßnahmen der englischen Regierung an. So viel aber ist sicher: die irische Frage kann von den anderen Problemen nicht losgelöst werden, sie hängt auf engste zusammen mit der ganzen britischen Politik.

Ein Ausweg wird sich nur finden, wenn der Pendel nach links ausschlägt und die Arbeiterpartei an die Macht gelangt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Lloyd George sich nicht mehr sicher fühlt und bereit ist, in absehbarer Zeit Neuwahlen anzuzuschieben. In der Erwartung, daß die Arbeiter die Möglichkeit, neue Bahnen in Irland einzuschlagen, dann ist der Weg offen, eine Frage zu lösen, an der sich die englische Bourgeoisie lange Jahrzehnte hindurch vergebens bemüht hat.

Programm für die Sozialistische Proletarierjugend.

(Beschl. auf der Reichskonferenz zu Halle a. S. am 14., 15. und 16. Dezember 1919.)

Die proletarische Jugendbewegung ist eine politische Jugendbewegung. Die proletarische Jugend ist ein Teil des revolutionären Proletariats, das im Kampf mit dem Kapitalismus um die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ringt.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zwingt auch den jugendlichen Hand- und Kopfarbeiter in die Reihen der proletarischen Massenkämpfer. Die arbeitende Jugend ist ein notwendiges Glied im kapitalistischen Produktionsprozess geworden.

Die proletarische Jugend kann eine Befreiung vom Joch des Kapitalismus und eine völlige Verwirklichung ihrer Forderungen nur von dem Sieg des Sozialismus erwarten.

Proletarische Jugendbewegung bedeutet daher Kampf und Vorbereitung. Ihre Aufgabe ist die Erziehung revolutionärer Kämpfer, die in der vordersten Reihe ihrer Massengenossen stehen, und sozialistischer Menschen, die von ihrem hohen Beruf als Träger und Gehalter der künftigen Gesellschaftsordnung erfüllt sind.

Mit Rücksicht auf ihre Zukunftsaufgaben und auf ihre gegenwärtigen Forderungen muß sich die proletarische Jugend unabhängig von der erwachsenen Arbeiterschaft zu einer besonderen Organisation des revolutionären sozialistischen Jungproletariats zur Sozialistischen Proletarierjugend zusammenschließen.

60 Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Nation.

Jimmie hatte eine trübe Kindheit hinter sich, er konnte kaum die Jugend seines Landes, diese übermütige, heitere, unbesiegbare, ein wenig arrogante Jugend einer demokratischen Welt. Wenn es etwas gab, das diese Burden nicht konnten, so wußten sie dies nicht, gab es etwas, das sie nicht zu tun vermochten, ihr Motto war: „Seig es mir!“

Und dies war häufig der Fall, wenn Jimmie Higgins versuchte, den Unterschied zwischen den deutschen herrschenden Klassen und dem deutschen Volk zu betonen. Dertei Feinheiten interessierten diese allwissenden Burden keineswegs.

„Gott die alte Trompete, Jungens, wir wollen ein anderes Lied, Singt es mit dem neuen Geist, der die Welt durchzieht. Singt es, wie es uns gefällt, zwei Millionen in Reich und Nied, — Während wir den Kaiser verhaun!

Refrain:

O Bill, o Bill, wir kommen mit Sturm und Braut! O Bill, o Bill, du kommst uns nicht mehr aus! Wir legen dich in Essig ein nach aller Nonceart — Während wir den Kaiser verhaun!

Zwangigstes Kapitel.

Jimmie Higgins nimmt ein Bad. Im Mobilisationslager wurde nicht lange verweilt; der Zug, der die Leute brachte, hatte Anschlag an das ausfahrende Schiff. Eine Mahlzeit ward eingenommen, man übernachtete auch bisweilen noch im Lager, dann wurde zu den Booten marschiert.

völlig das Weinen vergessen hatten. Das Ganze glich der Auswanderung einer Nation; es befand sich bereits ein so großer Teil Amerikas auf der anderen Seite, daß niemand Heimweh zu fürchten brauchte.

Jimmie ward zur Nachhut eingeschifft. Vogenlampen erhellten die lange Landungsbrücke, Soldaten stellten ihr Gepäck nieder, standen lachend, rauchend, singend umher, bereiteten sich auf Schlächten vor. Sie strömten an Vorh, lautlos, dunkel glitt das Schiff durch den Hafen und nach in See.

Als der Morgen dämmerte, befand sich der Dampfer auf hoher See, schlängerte zwischen prächtigen durchsichtig grünen Hogen und Jimmie Higgins versuchte, in seiner Kajüte liegend, das Schiff, das ihn hergeführt hatte, das Ungerührte des Militarismus, in dessen Wranken er sich wand.

Wohl verfügte die medizinische Seeresabteilung über ein Serum gegen Malaria und gegen Typhus, doch befürchtete sie keines gegen Seefrankheit, und die ersten vier Tage verfrachte Jimmie lehnlos, ein U-Boot möge kommen, und seinen Quaken ein Ende bereiten.

Endlich vermochte er auf Deck zu kriechen, ein gedemütigter, königlicher sozialistischer Agilitator, der nichts anderes wollte, als still in einem sonnigen Winkel liegen, wenn möglich irgendwo, wo er die Wellen nicht sehen konnte; der bloße Gedanke an sie drückte ihn den Magen um. Allmählich jedoch lernte er wieder stehen und gehen, ab ununterbrochen, blickte über das Wasser und sah die anderen Schiffe, keltam dunt gefärbt, in der Form eines gigantischen V dahinschwimmen, zwei Kreuzer an der Spitze, einen an jeder Seite und einen hinten. Tag und Nacht wachten die Männer im Mastkorb, Signal- und Telegraph-Deute arbeiteten, drahllose Nachrichten durchschickten die Luft, warnten vor dem Feind unter dem Wasser. Bisder war es den U-Booten noch nicht gelungen, einen Transport zu erwischen, doch hatten sie es bereits eisdige Male versucht und würden den Versuch auch nicht aufgeben. Zweimal am Tag gestie vom See eine Glode auf, und die Mannschaft eilte zum Rettungsboot-Drill; jeder Passagier hatte seine Nummer und mußte, falls er nicht krank in der Kajüte lag, mit einem Rettungsgürtel versehen, seinen Platz einnehmen. (Fortsetzung folgt.)

Die Sanwirtschaft in den Reichswerken.

Als im Mai dieses Jahres die Heereswerstätten in Spandau vorübergehend geschlossen und viele tausend Arbeiter mit einem Schläge brotlos gemacht wurden, erregte dies großes Aufsehen und unter den betroffenen Arbeitern begriffenweise heftige Empörung. Die Aufregung pflanzte sich fort bis in die Nationalversammlung, und die Regierung wurde nach den Gründen dieser Maßnahme befragt. Köstle, der Mann mit den starken Nerven und der eisernen Stirn, stellte sich hin und verteidigte die Maßnahme mit der — Frontalität der Arbeiter und der Vorderrückung der Arbeiter, die damals noch Einfluss in den Betrieben hatten. Wenn das so weiter ginge, dann wäre der Reichsbannerrott bald da usw. Die Betriebe müßten von den radikalen Elementen befreit werden, eine strikte Hand müsse die Vertriebsleistung in die Finger bekommen und was dergleichen Worte mehr dem Munde des Herrn Reichswehrministers entflohen.

Ueberflüssig zu bemerken ist, daß die Nationalversammlung Herrn Köstle zustimmte. Die „radikalen Elemente“ verschwanden, mit ihnen die alten Arbeiterräte, und an ihre Stelle wurden unter dem Schutze und mit Genehmigung eines preussischen Generals neue Arbeiterräte ernannt, die ganz nach der Weise des Herrn Köstle und seiner Getreuen in Spandau zu tanzen bereit waren. In gleicher Zeit trat auch die neue Betriebsleitung ihr Amt an. An der Spitze steht Herr Generaldirektor Koch, der mit einem ganzen Stab von Beamten, die mit ihm zusammen früher bei der A. E. G. waren, anrückt. Wie diese Herren dort draußen im Spandauer Reichswerk wirtschaften, das geht aus dem folgenden Bericht hervor. Wenn nur ein Bruchteil davon zutreffend ist, dann genügt das vollkommen, um die Wirklichkeit, wie sie dort besteht, zu kennzeichnen. Dem beziehen die Herren dort riesenhafte Gehälter, um in völliger Unfähigkeit — wenn man nicht gerade annehmen will, in bewußter Weise — die Werke so weit zu bringen, daß der Reichstag später einmal nur allzu leicht geneigt sein wird, sie dem Privatkapital zu überantworten. In diesem Bestreben werden die leitenden Direktoren vollständig unterstützt von dem Reichswehrminister, das von der Hochfinanz stark beeinflusst wird.

Auf einer Konferenz der Obleute sämtlicher Arbeiter- und Angestelltenvereine der deutschen Reichswerke, über die wir nachstehend berichten, wurden schwere Anklagen gegen alle diese Reichsstellen erhoben. Es ist notwendig, daß sich die Öffentlichkeit um diese Angelegenheit kümmert und daß eine Untersuchung eingeleitet wird, die die vorgebrachten Anschuldigungen prüft. Vor allen Dingen muß dem feinerzeit gemählten parlamentarischen Beirat für die Reichswerke eine weitmas größere Machtbefugnis eingeräumt werden. Jetzt ist dieser Beirat nur als ein freigeschaltetes Mitglied, hinter dem sich die Reichswirtschaft verstecken kann. Die Mitglieder des Beirats haben auch ihre Ohnmacht bereits eingesehen und tragen sich mit dem Gedanken, ihr Amt niederzulegen.

Die vom 18. bis 20. d. M. in Berlin tagende Reichskonferenz der Obleute der Arbeiter- und Angestelltenvereine der Reichswerke Deutschlands, die von 85 Delegierten sämtlicher Reichswerke besetzt war, beschäftigte sich mit der Neuorganisation der Reichsbetriebe, sozialpolitischen Fragen, dem Betriebsrätegesetz und der Kriegsbeschädigtenfrage. Im Laufe der Verhandlungen wurden schwere

Anklagen gegen die Hauptleitung der Reichswerke, gegen das Reichswehrministerium und gegen die einzelnen Werkleitungen erhoben, die eine strenge Untersuchung notwendig machen.

Den Reigen der Anklagen eröffnete Herr Dittmar, der als Sachverständiger auf eigenen Antrag vom Reichswehrministerium mit der Kontrolle der Spandauer Werke beauftragt worden war. Der ehemalige Reichswehrminister Gothein, der mit beiden Füßen im privatkapitalistischen Lager steht, hat nur Reale aus seinen Kreisen an die Spitze der Reichswerke gestellt. Dr. Weinlig, dem die Reichswerke unterstellt sind und dafür ein Jahresgehalt von 240 000 Mark bezahlt, wurde den gestellten Forderungen in keiner Weise gerecht. Der Direktor des Spandauer Werkes, Dr. Koch, sei trotz seiner beiden Doktorate kein Kaufmann. Ehemals Leiter des A. E. G.-Verkaufes in England, hat er sich mit einem ganzen Stab von A. E. G.-Leuten umgeben, die ihrerseits die Vetter- und Basenwirtschaft weiter ausbauen. Was Herr Koch an kaufmännischen Fähigkeiten abgibt, ersetzt er durch rücksichtsloses und autokratisches Auftreten. So daß die lezten und beständigsten Leute das Feld geräumt hätten bzw. im Begriffe stünden, es zu tun. Bezeichnend ist, daß die rechte Hand des Dr. Koch und sein Adjutant, ein Dr. Scherbel, derselbe, der den Kriegsbeschädigten mit dem Revolver unter der Nase herumfuchtelte, aus der Konfessionsbrauche gekommen ist. Als Personalführer siehe Dr. Koch seinen ehemaligen Hauptmann (Stab) ein, unter dem er als Offiziersstellvertreter diente. (Eine Hand wäscht die andere!) Die Verschleuderungen von Staatsgeldern reigen in viele Millionen, nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch die Unfähigkeit der Inhaber bis zum Reichswehrministerium, aber durch bewußte, groß angelegte Sabotage der Großindustriellen und deren Helfer.

In Spandau werden zur Zeit für eine Privatfirma 50 000 Separatoren, das Stück für 150 M., angefertigt, während der Herstellungspreis mindestens 200 M. beträgt. Ein Herr aus der Umgegend des Direktors Koch würde an jedem Separator 5 Mark verdienen. An eine andere Firma werden kleine Maschinenenteile für 0,2 Pfennig geliefert, während der Herstellungspreis 14—15 Pf. beträgt. Weiter werden jetzt 120 000 Ostentile angefertigt, die im August infalliert sind. Daraus aufmerksamer gemacht, gab die Direktion überhaupt keine Antwort! An eine Hamburger Exportfirma werden 75 000 Karabiner, das Stück für 32 Mark, geliefert, jeder Exporteur würde mit 75 Mark Gewinn gehen.

Der Referent schloß weiter aus, daß die sprunghaften Steigerungen der Materialpreise überhaupt nicht berücksichtigt werden. Alles wurde eingehend an das Reichswehrministerium berichtet, Vorschläge zur Abstellung dieser unglaublichen Zustände wurden nicht berücksichtigt. Nach Verschleuderung von ungeschätzten Millionen würde Dr. Weinlig ein schändliches Fiasko erleiden! Der Referent schloß zum

Schlusse aus, daß nur energisches Auftreten der Arbeiterschaft die Reichswerke für das Reich und für die Arbeiterschaft retten könne. Anschließend gaben einzelne Vertreter der andern Werke kurze Berichte. Ueberall dieselben Plandolosen Kurkünde wie in Spandau. In Erfurt werden 8 1/2 Millionen für 120 M. angefertigt, der Herstellungspreis ist 180 M. Gewehrschäfte, die sehr gut in Erfurt verarbeitet werden konnten, wurden an einen Herrn, der dem Reichswehrministerium nahesteht, für 88 Pf. das Stück verkauft. 17 000 Glühlampen wurden der A. E. G. zu 200—300 Prozent unter dem Engrospreis überlassen.

Ein Spandauer Delegierter ergänzte die Ausführungen Dittmars. Es werden Jagdgewehre für eine Firma für 180 M. hergestellt, die diese Firma für 600 M. an Kleinhändler weitergibt. Leuchtinger werden für 20 M. angefertigt und für 80 M. verkauft, Stühle werden für 42 M. abgegeben, bei Berthelmann lösten dieselben Stühle 105 M. Während die Stühle an den Verkäufer für 42 M. geliefert werden, verlangt man von den Arbeitern des Reichswerks 75 M.

Dr. Becht, der in Spandau beschäftigt war, nun aber selbständig ist, forderte in längeren Ausführungen in der Frage der Umstellung der Reichswerke Zentralisation nach Fabrikationszweigen, kaufmännische Selbständigkeit der einzelnen Werke, generalisierter Einkauf allgemein benötigter Materialien usw., sonst ökonomischer Einkauf, generalisierter Verkauf nach Branchen mit Spezialisten an der Spitze, für jedes Werk einen Aufsichtsrat, in dem Arbeiter und Angestellte einschneidenden Einfluß erhalten müßten.

In der Frage der Umstellung der Reichswerke legte die Konferenz folgende Forderungen fest:

Solange das bisherige System in Verwaltung und Betrieb besteht, ist es unmöglich, den bestehenden, das Nationalvermögen schwer schädigenden Verhältnissen beizukommen. 12 Monate besteht nun schon ein Zustand zum Schaden des Volksganges, der dringend der Abstellung bedarf. Folgende Forderungen sind unversäglich durchzuführen:

- I. Entmilitarisierung der Betriebe.
- II. Leitung der Verwaltung nach kaufmännisch-industriellen Gesichtspunkten.
- III. Abschaffung der kamerallistischen Buchführung und an deren Stelle Einführung einer der industriellen Bedeutung der Werke entsprechenden kaufmännischen Buchführung.
- IV. Umstellung der Betriebe auf industriell-technischer Grundlage.

V. Mitbestimmung und Mitwirkung der Belegschaft bzw. deren Interessenvertretung bei der Verwaltung sowohl als auch im Betriebe zur Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und Steigerung der Produktion.

Es ist endlich festzustellen, welche Betriebe in Reichsregie weiterbetrieben werden sollen, damit nicht, wie bisher, die Abteilungen I, II und III des Reichswehrministeriums sich gegenseitig bekämpfen zum Schaden der Betriebe.

Die Obleute sind bereit, auch in Zukunft alle erdenklichen Mittel anzuwenden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Sie betrachten es deshalb als ihre heiligste Aufgabe, an der Umstellung mitzuwirken und die maßgebenden Stellen bei den zu treffenden Maßnahmen zu unterstützen.

Das aber kann nur geschehen, wenn der Belegschaft das Mitbestimmungsrecht in vollstem Maße gewährt wird. Nur dadurch wird die Umstellung gefördert, die Arbeitsfreudigkeit gehoben und die Produktion gesteigert werden können.

In der Frage des Lohnes usw. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Konferenz wünscht, daß durch eine viergliedrige Kommission, möglichst aus Spandauer Vertretern, ein Entwurf für eine Arbeitsordnung fertiggestellt ist. Vorschläge sollen von Seiten der Vertretungen der einzelnen Reichswerke der Kommission unterbreitet werden.

Die vorgenannte Kommission wird ebenfalls damit beauftragt, alle bestehenden Tarife der Reichswerke einzufordern und an der Hand dieses Materials einen Rahmentarif für die Reichswerke auszuarbeiten.

Die Teilnehmer der Konferenz der Reichswerke aus den Angestelltenkreisen protestieren gegen die Verschleppung des vom Zentralverband der Angestellten und des Bundes der techn. Beamten und Angestellten eingereichten Rahmentarifenentwurfes. Nachdem sich das Reichskabinett bereits im Mai 1919 mit dem Abschluß von Tarifverträgen für behördliche Angestellte und Arbeiter einverstanden erklärt hat, müßte der Tarif längst abgeschlossen sein.

Die Versammelten verlangen vom Reichsarbeitsministerium ungeschämten Tarifabschluß und fordern die Unterstellung unter diesen Vertrag. Die Versammelten fordern weiter, daß an den Verhandlungen nur die Organisationen teilnehmen, die den Entwurf eingereicht haben.

Tritt eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Verteuerung der Lebensbedarfsartikel ein, dann treten die Vertragsparteien zur Regelung der Gehaltsjahre zusammen.

Dadurch werden die Bestimmungen über die Vertragsdauer nicht verletzt.

Die Reichskonferenz beschließt, den zuständigen Stellen zu unterbreiten, es möglich zu machen, allen Arbeitern der Reichswerke Deutschlands die Beschäftigungshilfe zukommen zu lassen, um das Unrecht zu beseitigen, das bei der Verteilung der Beschäftigungshilfe augenscheinlich ist. Ebenso werden die parlamentarischen Vertreter ersucht, nochmals ihren Einfluß in dieser Angelegenheit geltend zu machen.

Diese Forderung steht der Kongress nur als Forderung des Rechtes an.

Ueber das Betriebsrätegesetz

hieß Genosse Kuffner ein ausführliches Referat. Er vermißt bei der Mehrheit der Nationalversammlung jedes Verständnis für den Grundgedanken der Betriebsräte. Die jetzige Form des Entwurfes gibt den Arbeitnehmern keinen Einfluß auf die Regelung der Produktion, in Arbeitsfragen keine gleichberechtigte Mitwirkung, kein Mitbestimmungsrecht, sondern Beibehaltung der Unternehmerhoheit. Außer der Ueberdosis ist nicht vom Rätegedanken übrig geblieben, deshalb sei das Gesetz abzulehnen, es müsse in den Kampf um die Demokratisierung der Betriebe eingetreten werden, um den Betriebsabsolutismus zu beseitigen.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Dr. Wolke teilte in längeren Ausführungen mit, was der gelbe Vollzugsrat alles tun wolle zur Abstellung der Betriebsräte. Genosse Brähi stellte durch einen Zwischenruf fest, daß der gelbe Vollzugsrat alles unter dem Schutze Köstles tue,

was dem roten Vollzugsrat durch Köstle verboten worden sei. Dr. Wolke konnte nur entgegnen, daß er hierauf nicht eingehen könne.

Genosse Brähi gab folgende Erklärung ab: „Ich binme völlig von Ausführungen Kuffners ab. Auch ich bin der Auffassung und spreche damit auch im Namen der A. E. G.-Fraktion der Nationalversammlung, daß das Betriebsrätegesetz in der Fassung, wie es jetzt nach den Beschlüssen des Siebener-Ausschusses vorliegt, für die Klassenbewußte Arbeiterschaft unannehmbar ist. Die Arbeiterschaft wird den Feinden und Unterdrückern des Volkes durch ihre Organisationen den Beweis erbringen, daß sie gelernt hat, nach dem 9. November erst recht ihre Menschenrechte zu erkämpfen.“

Die Konferenz beschloß in der Frage des Betriebsrätegesetzes folgendes:

Die Konferenz richtet an die Parteien der Nationalversammlung die Aufforderung, dem Betriebsrätegesetz in der vom 7. Ausschuss beschlossenen Fassung die Zustimmung zu versagen. Die Delegierten verlangen erneut für die Betriebsräte Einfluß und Kontrolle der Produktion sowie das volle Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere bei allen Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen. Die Angestellten und Arbeiter aller Reichsbetriebe werden aufgefordert, im Kampf um die Betriebsdemokratie nicht zu erlahmen, bis der heutige Betriebsabsolutismus restlos beseitigt ist.

Die Konferenz der Obleute der Angestellten- und Arbeitervereine der Reichsbetriebe hält es nicht nur im allgemeinen für notwendig, daß in den der Hauptverwaltung unterstehenden Reichsbetrieben die Betriebsdemokratie in vollem Maße gewährt wird, sondern sie fordert, daß dies schon jetzt beim Aufbau der Umstellung der Betriebe geschehe. Die Obleute sind entschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß in den zur Friedenswirtschaft umzustellenden Reichsbetrieben der Betriebsabsolutismus sich festsetzt. Da Ansprüche dafür vorhanden sind, daß in der Hauptverwaltung Neigung für den Betriebsabsolutismus besteht, wird gefordert:

1. In die Hauptverwaltung ist eine Vertretung der Angestellten und Arbeiter zu delegieren. Die Delegierung erfolgt nicht durch Ernennung der Hauptverwaltung, sondern durch die Belegschaft selbst.
2. Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen über die vorhandenen Vertretungen der Belegschaft in den einzelnen Betrieben das Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht aus.

In den Betrieben, wo noch Arbeiterräte bestehen, gelten diese als die gemeinsame Interessenvertretung. Wo dies nicht der Fall ist, gilt dies von den Angestellten- und Arbeitervereinen. Der Beirat der Nationalversammlung und die Fraktionen der politischen Parteien werden aufgefordert, sich für die Durchführung der aufgestellten Forderungen beim Reichswehrministerium und evtl. in der Nationalversammlung einzusetzen.

Wird so das Mitbestimmungsrecht der Belegschaft gesichert und auch sonst alle Maßnahmen zur Beseitigung des jetzigen Systems, dürfte eine Rentabilität der Betriebe gesichert sein.

Die Gewerkschaften werden aufgefordert, unverzüglich Betriebsräteschulen zu errichten, um den Betriebsräten das notwendige Wissen zu übermitteln.

Nachdem je ein Vertreter des Internationalen Bundes und des Reichsbundes über die

Kriegsbeschädigtenfrage

referiert hatten, wurden nachstehende Forderungen aufgestellt:

Die vom 18.—20. Dezember 1919 im Herrenhaus tagende Konferenz der Ob- und Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten Deutschlands fordert, daß bei allen Fragen, die die Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigten betreffen, die Kriegsbeschädigten-Vertreter in den Betrieben hinzugezogen werden. Es kann nicht angehen, daß die A. E. G. und A. D. von Leuten vertreten werden, die nicht die Sprache der A. E. G. und A. D. kennen. Die Staatsbetriebe haben in erster Linie die Verpflichtung, die Kriegsoffer unterzubringen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Betriebe schnellstens in Friedensbetriebe umgestellt werden und den Kriegsoffern weitgehendste Fürsorge zuteil wird. Die Kriegsbeschädigten haben ein Recht auf Arbeit durch Schaffung eines wirksamen Arbeitsbeschäftigungsweges, Freimachung aller geeigneten Arbeitsplätze in Betrieben und Bureaus unter Beaufsichtigung von Betriebskommissionen der Kriegsbeschädigten. Die Nachschichten einzelner A. D., welche durch passive Resistenz Sabotage an der Allgemeinheit üben, sind zu beseitigen und ist darauf zu achten, daß solche Elemente ferngehalten werden. Die Konferenz hat mit Unterstützung von den Vorparlamenten in den Spandauer Werken Kenntnis genommen und fordert strengste beiderseitige Bekämpfung.

Die Konferenz fordert, daß denjenigen Kriegsbeschädigten, welche infolge ihrer Beschädigung gezwungen sind, ihren früheren Beruf aufzugeben, solange aus Reichsmitteln eine Beihilfe zu gewähren, bis sie in der Lage sind, den neuerlernten Beruf genau wie ein gelernter Fachmann auszuüben und demzufolge auch bezahlt werden. Es handelt sich vorwiegend um Kriegsbeschädigte, welche früher handwerklich ausgebildet waren und nun den Beruf eines Angestellten ausüben.

Zähne 3 Mark!
mit echtom
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit Brillen. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Kronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Hatvani
Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 3—7, Sonntags und Feiertage 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

